

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrages an den Ausschuss für Europa und Internationales; die abschließende Beratung und Abstimmung sollen dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Möchte jemand gegen die Überweisung stimmen? – Möchte sich jemand enthalten? – Beides ist nicht der Fall. Dann haben wir **Antrag Drucksache 17/14048 so überwiesen.**

Ich rufe auf:

14 Keine schwimmenden Photovoltaikanlagen auf nordrhein-westfälischen Stau- und Baggerseen – Landschaftsbild und Naherholung nicht für die Energiewende zerstören!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/14059

Ich eröffne die Aussprache. Für die antragstellende Fraktion hat Herr Dr. Blex das Wort.

Dr. Christian Blex (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Windindustrieanlagen verschandeln unsere Landschaft, immer mehr Acker- und Waldflächen werden geopfert, und immer lauter werden die politischen Stimmen, welche die Reduzierung oder die Aufhebung von Sicherheitsabständen zu diesen Großindustrieanlagen fordern.

Landwirte müssen immer mehr Flächen für die sogenannte Energiewende bereitstellen; Monokulturen und Vermaischung der Landschaft sind die Folgen. Jetzt sollen auch immer mehr Stau- und Baggerseen für die komplette Ökoindustrialisierung unseres Landes freigegeben werden. Nicht aus jedem Baggersee entsteht ein Badensee, aber auch in einem schwer basischen Baggersee landen Zugvögel.

Wenn das Fraunhofer-Institut nach dem Potenzial für schwimmende Photovoltaikanlagen gefragt wird, reden wir nicht über ein paar Seen hier oder da, sondern schon von mehr als 500 Seen in Deutschland, einige davon im niederrheinischen Revier. Die Öko-profiteure schießen schon jetzt auf die Tagebaue Garzweiler und Hambach.

Wir wollen das nicht, und zwar nicht nur wegen des Erhalts unserer Umwelt, sondern weil wir die technisch-physikalischen Realitäten anerkennen. Ich möchte Ihnen das mal kurz verdeutlichen.

(Der Redner hält ein DIN-A-4-Blatt mit einem Diagramm hoch.)

Hier ist die aktuelle Leistung dargestellt der gesamten deutschen ...

(Jemand legt dem Redner eine Maske hin.)

– Was soll ich jetzt mit der Maske? Entschuldigung, ich finde das unverschämt, mir jetzt eine Maske hinzulegen; das machen Sie bei den anderen Rednern auch nicht.

Hier sehen Sie jetzt deutlich die installierte Leistung. Wir haben bei der Photovoltaik 54 Gigawatt an Peakleistung in Deutschland installiert. Jetzt sehen Sie mal, was in einem der sonnenreichsten Monate überhaupt geleistet wird; Sie erkennen: Nachts scheint in Deutschland nicht die Sonne; die Leistung dieser Anlagen ist Null.

Sie erreicht lediglich zu den Mittagszeiten manchmal ihre Peakwerte. Da können Sie auch erkennen: Wir haben im besten Monat des Jahres einmal 65 % der installierten Gesamtleistung, Nennleistung, gehabt. Im Mittel ergibt das lediglich 14,6 % der installierten Gesamtleistung.

Das ist so viel, wie acht konventionelle Kraftwerksblöcke rund um die Uhr zuverlässig planbar liefern, acht Kraftwerksblöcke, die Sie abschalten wollen. Das wird immer so schön als mittlere Leistung genannt. Sie haben durch diese Photovoltaikanlagen kein konventionelles Kraftwerk ersetzt, denn wenn die Sonne nicht scheint, liefern diese Anlagen gar nichts.

Das war ja der gute Monat. Jetzt gehen wir mal zu den sonnenreichen; wir sind ja in einem sonnenverwöhnten Land. Hier können Sie es noch mal sehen.

(Der Redner zeigt ein anderes DIN-A-4-Blatt mit einem Diagramm.)

Das war der Februar dieses Jahres; Sie sehen: Im Februar scheint viel weniger Sonne in Deutschland. Das ist auch eine Erkenntnis; die hat man nicht unbedingt: viel weniger Sonne. Dann bleibt Ihnen von der installierten Leistung – Anfang des Jahres war sie ein ganz klein bisschen niedriger, war aber auch schon über 54 Gigawatt – nämlich über: Sie kommen auf eine mittlere Leistung von lediglich 5,5 % der installierten Leistung.

Jetzt schauen die Grünen ganz erstaunt. Ja, das ist wirklich so: nur 5,5 %. Überlegen Sie sich das mal: Da sind wir hier bei gerade mal 3,5 Gigawatt, was überhaupt in Deutschland zur Verfügung stand – nicht planbar, nicht verfügbar, wenn die Sonne nicht scheint, überhaupt technisch absolut minderwertig.

Um Ihnen das mal klarzumachen: Die Photovoltaikanlage von 750 Kilowatt Peakleistung, die ich im Antrag erwähnt habe, hätte Ihnen im Februar im Mittel so viel Leistung erbracht wie 21 Haartrockner. Im Mai wären es immerhin 55 Haartrockner gewesen – natürlich die großen, die Sie gerne haben, nicht die ganz kleinen, schön mit Diffuser drauf und so.

Dann kommen wir mal zu den Folgen des Ganzen; das habe ich Ihnen auch mitgebracht.

(Der Redner hält ein weiteres DIN-A-4-Blatt mit einem Diagramm hoch.)

Da können Sie sich mal die Folgen ansehen: Das sind wir. Wir sind noch Spitzenreiter in Europa. Wir haben es geschafft, noch in einem Bereich Spitzenreiter zu sein, und zwar bei den Strompreisen. Da haben wir Dänemark seit zwei Jahren die Krone abgenommen. Der dänische Strompreis ist ziemlich stabil geblieben. Hier sehen Sie die Stromkosten in Deutschland im Jahr 2009 und hier, was Sie angeordnet haben. Wir sind die absoluten Spitzenreiter, zumindest in diesem Punkt.

Sie können auch sehen: Es ist nicht in ganz Europa so. Es gibt zum Beispiel Länder wie Ungarn. Das ist bei Ihnen nicht so beliebt. Dort sinken tatsächlich die Stromkosten. Aber die haben auch keine Maskenpflicht. Da können die Menschen offensichtlich Fußball in Freiheit genießen.

Nachdem ich Ihnen das hier dargelegt habe, haben Sie hoffentlich verstanden, warum es auch wirtschaftlich vollkommen sinnlos ist, Baggerseen mit Photovoltaikanlagen zuzupflastern. Deshalb hoffe ich, dass sich vielleicht der eine oder andere das doch noch überlegt und für die Natur, für die Rationalität und für unseren Antrag ist. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Blex. – Ich darf Sie darauf hinweisen, dass wir uns darauf verständigt haben, dass wir auf dem Weg zum Platz auch eine Maske tragen. Gleiches gilt für den Weg zum Rednerpult.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Das habe ich getan!)

Als nächste Rednerin hat Frau Abgeordnete Kollegin Quik für die Fraktion der CDU das Wort.

(Bodo Löttgen [CDU]: Endlich mal eine vernünftige Rede!)

Charlotte Quik (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist wieder einer der Anträge der AfD-Fraktion, bei dem ich beim ersten Lesen schon Puls kriege.

Hier sei die persönliche Anmerkung einer Niederrheinerin gestattet: Wer meint, die Baggerseen am Niederrhein seien ausschließlich Naherholungs- und Schutzgebiete, der stellt eindrucksvoll unter Beweis, dass er die Region genau gar nicht kennt.

Vertreter jeder anderen Fraktion hätte ich an dieser Stelle gerne eingeladen, sich neben einigen gelungenen Beispielen von Renaturierung und Umnutzung die Vielzahl der Baggerlöcher anzuschauen,

bei denen es außer einem Bauzaun drumherum und drei Wasservögeln drauf nur Wasser gibt – das aber in rauen Mengen. Sie sehen mir sicherlich nach, dass ich in diesem Fall auf eine solche Einladung verzichte.

(Beifall von der CDU)

Grundsätzlich ist der Ausbau erneuerbarer Energien eine zentrale Säule der Energiewende. Die NRW-Koalition stellt diesen auf eine breite Basis. Photovoltaik ist ein Baustein. Sie ist ein Teil dezentraler Energielösungen – gemeinsam mit Speichern, Geothermie, Kraft-Wärme-Kopplung und Elektromobilität.

Zudem ermöglichen wir Photovoltaik auf Konversionsflächen an Autobahnen und überregionalen Schienenstrecken. Damit ergeben sich enorme Solarpotenziale in Nordrhein-Westfalen. Auf riesige flächenverbrauchende Freiflächen-Photovoltaikanlagen auf Äckern und Wiesen wollen wir im Sinne eines sparsamen Umgangs mit der so wichtigen Resource Fläche daher verzichten.

Das neu aufgelegte Solarkataster des Landesamts für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz zeigt das große Potenzial, das Photovoltaik für die Energieversorgung unseres Landes bietet. Daher geht die Landesregierung bei der Photovoltaik mit gutem Beispiel voran.

In diesem Kontext ist Sonnenstrom aus einer schwimmenden Anlage eine Innovation. Bei uns am Niederrhein haben wir eine der ersten Anlagen dieser Art in Deutschland. Wir wünschen uns noch viel mehr davon.

Das ist von den planungsrechtlichen Voraussetzungen bei nicht mehr in der Abgrabung befindlichen Baggerlöchern nicht ganz einfach. Insofern bin ich aus niederrheinischer Sicht dem Wirtschaftsministerium mit Minister Pinkwart an der Spitze dankbar, dass es sich hier mit einer Prüfung der entsprechenden Rahmenbedingungen auf den Weg gemacht hat.

Wir als NRW-Koalition sehen in schwimmenden Photovoltaikanlagen einen möglichen Baustein zur Gestaltung der Energiewende. Es handelt sich dabei um innovative Konzepte bzw. Projekte. Und wir sprechen von einem Ausbau mit Maß und Mitte. Es geht um einen akzeptanzgesicherten Ausbau und nicht darum, alle Wasserflächen zuzubauen. Dort, wo es Sinn macht, können zusätzliche Potenziale gehoben werden.

Das sollte man nicht zerreden, wie es mit diesem Antrag versucht wird, sondern mit aller Kraft fördern – im Sinne meiner niederrheinischen Heimat. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Quik. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD Herr Abgeordneter Cordes das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Frederick Cordes (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Wenn wir über Energiewende sprechen, dann liegt das Stichwort „Nachhaltigkeit“ nicht fern. Deshalb möchte ich ganz nachhaltig gleich zu Beginn einen Baustein meiner Rede vom 24. März 2021 zum Thema „Smart Metering“ wiederverwenden:

„... die antragstellende Fraktion ... leugnet den menschengemachten Klimawandel und stellt sich klar gegen den Ausbau erneuerbarer Energien. Sie bekämpft jeden einzelnen Baustein der Energiewende, weil ihr die Zukunft egal ist.“

(Beifall von der SPD)

Eigentlich könnte ich an dieser Stelle auch schon den Schlusspunkt setzen; denn damit ist bereits alles über die Motivation und den Gehalt des vorliegenden Antrags gesagt. Aber nur weil sich die Antragsteller*innen keine Mühe beim Zusammenschustern des Antrags gemacht haben, heißt das nicht, dass ich mir keine Mühe machen muss, um darauf zu antworten.

Ich nehme das Rückwärtsdenken von ganz rechts außen stattdessen als Vorlage für etwas, das uns alle weiterbringt. Die SPD-Fraktion will Fortschritt und Wohlstand ohne Verzicht. Das ist nur zu schaffen, wenn innovative und klimaneutrale Wege der Energieerzeugung gefunden werden. Schwimmende Photovoltaikanlagen sind dabei einer von ganz vielen Bausteinen, damit wir in der Zukunft nicht absaufen.

Der vorliegende Antrag übergeht diesen Faktor bewusst und unterstellt lieber Nachteile, die in Wirklichkeit gar nicht vorhanden sind. Deshalb ein paar Punkte zur Klarstellung:

Erstens. Aktive Baggerseen sind weder Badeparadiese noch Begegnungsstätten. Sie sind auch keine Orte zum Flanieren. Wir reden über Industrieflächen, die aber viel mehr sein können als mit Wasser gefüllte Gruben.

Zweitens. Die Anlagen können positiv auf das Ökosystem See wirken. Durch Abdeckung der Wasseroberfläche werden Verdunstung und Aufheizung und damit das Kippen der Gewässer vermindert.

Drittens. Selbst wenn die positiven Effekte ausbleiben würden, gelten immer noch die rechtlichen Rahmenbedingungen hinsichtlich Wasserwirtschaft und Wasserqualität.

Die Vorteile der Anlagen liegen hingegen klar auf der Hand. Anstatt zusätzliche Flächen zu verbrauchen, werden industrielle Flächen doppelt genutzt. Schwimm-

mende PV-Anlagen sind hochgradig effizient. Die Sonneneinstrahlung ist besonders hoch.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Im Februar vor allem!)

Gleichzeitig wirkt die Wasserumgebung förderlich auf die Technik.

Sie sehen: Solarkraft hat es drauf und könnte noch so viel mehr.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Ein Beispiel ist die PV-Anlage auf dem Baggersee Maiwald in Baden-Württemberg. Sie kann pro Jahr bis zu 860.000 kWh Strom produzieren, also umgerechnet gut 360 Zweipersonenhaushalte versorgen. Die Anlage nutzt dabei nur 2 % der Fläche des Sees und spart rund 560 t CO₂ pro Jahr – ohne dass sich jemand persönlich einschränken muss oder dass weiter in die Umwelt eingegriffen werden muss.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Das ist gerade einmal die Spitze des schmelzenden Eisbergs. Schätzungen zufolge könnten 1,1 Millionen Tonnen CO₂ eingespart und 440.000 Haushalte in Deutschland mit Strom versorgt werden – nur über schwimmende Solaranlagen auf industriellen Wasserflächen.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Kurz gesagt: Um dagegen zu sein, bräuchte es sehr gute Argumente. Die fehlen hier aber. Und das ist nicht neu. Denn alle fünf parlamentarischen Initiativen, die in diesem Jahr von rechts außen zum Thema „Energiegewinnung“ eingebracht wurden, bedienen sich reinster Vergangenheitslogik: gegen Windkraft, gegen Solarenergie, gegen Energieeffizienz. Das heißt übersetzt: gegen Lebensqualität, gegen Fortschritt und auch gegen Zukunft.

Dahinter steckt aber kein harmloser Schabernack, sondern eine ideologische Getriebenheit. Mit der Ablehnung einer nachhaltigen Energieproduktion wollen die Antragsteller*innen zurück ins letzte Jahrtausend.

Das kommt nicht von ungefähr, wie die „Süddeutsche Zeitung“ vorgestern am Beispiel Frankreich deutlich gemacht hat. Dort führt die ideologische Schwesterpartei, die Partei von Marine Le Pen, einen – ich zitiere – Kulturkampf um die Zukunft der Energiegewinnung.

Das kann man so machen. Dann steht man aber alleine da. Wir jedenfalls lehnen den Antrag ab. – Glück auf!

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Cordes. – Für die FDP-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Kollege Freynick das Wort.

Jörn Freynick* (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der hier vorliegende Antrag erkennt die Notwendigkeit von innovativen Klimaschutzmaßnahmen. Dieses Mal sehen die Antragsteller das Übel in Form von schwimmenden Photovoltaikanlagen. Die Begründung: zu teuer, zu unwirksam, zu unnötig.

Wie man dies jetzt schon behaupten kann, obwohl die Potenziale noch gar nicht abschließend untersucht worden sind, ist mir, ehrlich gesagt, schleierhaft.

Genau diese Potenziale, die den Umbau unserer Energieerzeugung zu nachhaltigeren Methoden ermöglichen, wollen wir als NRW-Koalition erkennen und uns zunutze machen.

Denn schwimmende Solaranlagen verfügen in unseren Augen in der Tat über große Entwicklungsmöglichkeiten. Wir haben als NRW-Koalition stets betont, den Ausbau der erneuerbaren Energien in Nordrhein-Westfalen technologieoffen gestalten zu wollen. Daher sollte auch hier eine Förderung in Betracht gezogen werden.

So erarbeitet derzeit das NRW-Wirtschaftsministerium einen Überblick zu den Photovoltaikpotenzialen der Oberflächengewässer in Nordrhein-Westfalen. Ein Gegenstand der vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen durchgeführten Untersuchung ist unter anderem die systematische Prüfung aller regionalplanerisch dargestellten und künstlich errichteten stehenden Oberflächengewässer.

Unser Ziel als NRW-Koalition ist, dass die Kommunen eine Kenntnis über die Potenziale der Photovoltaik auf diesen Seen vor Ort bei ihnen haben. So wollen wir es den Kommunen ermöglichen, gemeinsam mit den Unteren Wasserbehörden die bau- und genehmigungsrechtlichen Voraussetzungen zu prüfen. Idealerweise entsteht so eine Angebotsplanung, die von interessierten Projektierern und Betreibern genutzt werden kann. Aktuell steht das Landeswirtschaftsministerium im engen Austausch mit der Stadt Wesel und dem RVR zu einem entsprechenden Pilotvorhaben. Dadurch sollen die bestehenden Herausforderungen im Planungs- und Genehmigungsrecht ermittelt werden.

Die Technologie von schwimmender Photovoltaik ist bereits vor allem im Rheinischen Revier ein bedeutendes Thema geworden. Der Revierknoten Energie der Zukunftsagentur Rheinisches Revier vertieft das Thema bezüglich der Tagebauseen und der im Gigawattpakt formulierten Ausbauziele.

Meine Damen und Herren, aus diesen Gründen werden wir dem hier vorliegenden Antrag nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und Bodo Löttgen [CDU])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kollege Freynick. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun Frau Abgeordnete Kollegin Brems das Wort.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe meinen Vorrednerinnen und Vorrednern nicht mehr so viel hinzuzufügen und kann an dieser Stelle noch einmal sagen: Dieser Antrag der AfD ist mal wieder an Scheinheiligkeit kaum zu überbieten. Aber sie schaffen es doch an unterschiedlichen Stellen immer wieder.

Ich möchte ganz kurz auf ein anderes Thema der Energieversorgung eingehen. Die AfD verteidigt ja gerne die Braunkohle bis aufs Messer. Darüber, dass dafür aber Hunderttausende von Menschen schon ihre Heimat verloren haben, dass dort über Jahre und Jahrzehnte bis hin zu Jahrhunderten das Grundwasser abgesenkt wird und es damit erhebliche Umweltauswirkungen gibt, sodass Lebensräume für Tiere einfach so verschwinden, verliert sie natürlich kein Wort.

Die Auswirkungen, die natürlich auch Photovoltaikanlagen haben – auch die schwimmenden, um die es heute in diesem Antrag geht –, sind gegen die massiven Umweltschäden der Braunkohle ein absoluter Klacks. Das Schreckensbild, das die AfD hier zeigt, ist einfach nur bizarr. Daran können auch hochgehaltene Schaubilder nichts ändern. Aber Hauptsache, die AfD hat ihren Feldzug gegen die erneuerbaren Energien mal wieder ausgerufen!

Wir lehnen diesen ab, genauso wie den Antrag. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Brems. – Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Professor Dr. Pinkwart das Wort.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wundere mich bei dem Antrag auch sehr, weil die Fraktion, die ihn gestellt hat, ansonsten doch gerne für sich in Anspruch nimmt, dass sie technischen Sachverstand besäße.

Man kann ja gegen Erneuerbare sein. Das ist eine Grundhaltung. Aber unterstellen wir einmal, dass es früher oder später sinnvoll sein könnte, auch auf diese Energieform zurückzugreifen. Selbst wenn wir jetzt sagen würden – unabhängig von den CO₂-Problemen, die wir in der Klimathematik haben –, dass wir noch weiter auf die Nutzbarmachung un-

serer heimischen Kohlenvorräte bauen, müssen wir wissen, dass diese endlich sind. Selbst wenn wir das Klimathema nicht hätten, sind die Vorräte auch endlich. Das müssen wir sehen. Dann müssten wir uns etwas anderes überlegen. Und dann muss man fragen: Gibt es Technologien?

Vor einigen Jahrzehnten gab es diese Technologie noch nicht. Aber mittlerweile gibt es bei der Photovoltaik Technologien, die hocheffizient sind und technisch gesehen – und davon handelt ja Ihr Antrag – gerade auf Seen sehr viele Vorteile bieten, weil die Seen auch kühlen. Wenn die Sonneneinstrahlung besonders hoch ist, leidet ja ab einem gewissen Temperaturgrad die Effizienz von Photovoltaikanlagen. Dieser Effekt wird beim Einsatz von PV beispielsweise auf Baggerseen wiederum deutlich abgeschwächt. Das erhöht die Effizienz.

Die Beschattung der Seen hat auch für das ökologische System Vorteile, schützt also unsere Landschaft und unsere Natur.

Das sind doch eigentlich sehr positive Attribute. Warum Sie also dagegen sind – als Fraktion, die sonst gerne für sich in Anspruch nimmt, dass sie sich mit Technik auskennt und sich um die Heimat bemühen will –, vermag ich nicht zu verstehen.

Energiepolitisch ist es jedenfalls von größter Notwendigkeit, dass wir solche Potenziale nutzbar machen. Ich sage das auch – das habe ich hier wiederholt gesagt – mit Blick auf die Sicherheit unserer Arbeitsplätze in der Industrie. Denn eines ist völlig klar: Die Welt entwickelt sich weiter. Die großen Industrienationen – das G7-Treffen hat es deutlich gemacht – setzen sich ehrgeizige Klimaschutzziele. Die Industrie erwartet, dass sie auch erneuerbaren Strom in wachsendem Maße verfügbar erhält, damit sie mit sauberem Strom produzieren kann.

Wer also nicht in der Lage oder willens ist, die Erneuerbaren akzeptanzgesichert auch gegenüber der Bevölkerung weiter auszubauen und die Potenziale zu nutzen, gefährdet unsere Industriearbeitsplätze hier in Deutschland. Das müssen wir Ihnen auch so entgegenhalten. Wenn Sie von der AfD-Fraktion für sich immer in Anspruch nehmen, dass Sie sich für die Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit der Arbeitsplätze einsetzen, muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen: Mit solchen Anträgen nicht! Mit solchen Anträgen gefährden Sie die Zukunftsfähigkeit von Industriearbeitsplätzen am Standort Deutschland in jeglicher Form.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deswegen ist uns sehr daran gelegen, dass wir diese technischen Vorteile nutzen können – vor allen Dingen dann, wenn sie wirtschaftlich nutzbar sind. Und das habe ich hier darzustellen versucht. Die Effizienz erhöht sich. Sie können immer wirtschaftlicher einge-

setzt werden. Sie sind auch landschaftsgerecht einsetzbar.

Das würde uns auch hier sehr helfen. Wir haben sehr viele solcher Seen. Bundesweit sind es alleine 500, die in der Nachnutzung von Braunkohletagebauen genutzt werden können. Dazu liegt uns eine Studie vor. Wir können dies mit anderen Interessen sehr gut kombinieren, was auch sehr wichtig ist, sodass eine vielfältige Nutzung der Seen gegeben ist.

Wir setzen darauf, dass wir dieserlei PV weiter ausbauen können, wie wir insgesamt PV in Nordrhein-Westfalen massiv vorantreiben wollen – auf unseren Dächern, dort, wo es sich mit anderen Liegenschaften gut verbinden lässt. Schließlich haben wir auch Konkurrenzen, auch mit der Landwirtschaft, liebe Ulla Heinen-Esser. Wir wollen sie eben auch für solche Baggerseen nutzbar machen.

Deswegen lehnen wir seitens der Landesregierung diesen Antrag ab. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart. – Wie Sie gesehen haben, wurde vonseiten der AfD-Fraktion eine Kurzintervention angemeldet. Daher hat jetzt Herr Dr. Blex für 90 Sekunden Kurzintervention das Wort.

Dr. Christian Blex (AfD): Herr Pinkwart, Sie haben eben gesagt, wie toll und wie zukunftsträchtig doch die Erneuerbaren sind. Vielleicht können Sie mir einfach kurz etwas erklären. Sie sind nämlich gar nicht auf die Speicherproblematik eingegangen. Normalerweise hat Deutschland einen Strombedarf von 600 Terrawattstunden im Jahr; für NRW können Sie ein Sechstel davon nehmen. Dank Ihrer Lockdownpolitik war es letztes Jahr weniger, weil die Wirtschaft zusammengebrochen ist. Aber ansonsten brauchen wir immer um die 600 Terrawattstunden.

Wenn Sie jetzt für zehn Tage den Strom speichern wollen ... Die Ethikkommission, die mit Priestern etc. besetzt ist, aber nicht mit Physikern, hat festgelegt, dass Deutschland für zehn Tage den Strom speichern muss. Es gibt zwar Dunkelflauten – das wissen Sie –, die schon einmal zwölf oder dreizehn Tage dauern. Sie wissen, was eine Dunkelflaute im Januar und im Februar ist; Sie haben eben die Grafiken dazu gesehen. Das heißt: Sie müssten nach Ihren Vorstellungen mal ganz kurz 16 Terrawattstunden elektrische Energie speichern, und zwar deutschlandweit. In NRW nehmen Sie dann ein Sechstel davon.

Vielleicht können Sie mir jetzt sagen, wie Sie diese Menge an elektrischer Energie speichern können, damit wir auch nur ein einziges konventionelles Kraftwerk abschalten können. Das wird nämlich das nächste Problem sein. Sie wollen Kraftwerke

abschalten und im Zweifelsfall dann aus dem Ausland Regelenergie hinzukaufen. Aber das kann ja auch nicht Sinn einer zuverlässigen Energieversorgung sein.

Ich habe Ihnen ein paar Zahlen genannt. Sagen Sie mir doch einfach einmal kurz, wie Sie das schaffen wollen.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Danach holen Sie sich vielleicht den Nobelpreis für Physik ab.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das waren etwas mehr als 90 Sekunden. – Herr Minister, Sie haben jetzt aber 90 Sekunden für die Erwiderung.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Recht herzlichen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Abgeordneter, dafür haben wir auch eine Energieversorgungsstrategie vorgelegt. Wir setzen auf einen breiten Energiemix. Wir organisieren die Übergänge so, dass sie auch sicher erfolgen können. Wir nehmen schließlich nicht alles sofort vom Netz, sondern nehmen es planvoll vom Netz und ersetzen es durch vielfältige Aktivitäten der Offshore-, der Onshore-, der Fuel-Switch- und der Wasserstoffwirtschaft, die sich europaweit entwickelt. Die Netze werden dafür ausgebaut. Großflächige Aktivitäten sind auf dem Weg und wollen mutig umgesetzt werden. Das wissen Sie; denn das betone ich hier stets.

Deswegen ist es auch so wichtig, dass wir es planvoll machen und nicht aufgrund ideologischer Debatten in die eine oder andere Richtung betreiben. Das ist jedenfalls nicht der Ansatz, nach dem die Landesregierung arbeitet. – Vielen Dank.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Er hat sie nicht beantwortet! – Zuruf von Matthias Kerkhoff [CDU])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Schluss unserer Beratung und Aussprache zu TOP 14 angelangt.

Wir kommen damit zur direkten Abstimmung, die von der antragstellenden Fraktion so beantragt wurde. Ich darf deshalb fragen, wer dem Inhalt des Antrags Drucksache 17/14059 zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der AfD. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es eine Kollegin oder einen Kollegen, die oder der sich der Stimme enthalten möchte? – Das ist erkennbar nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass der **Antrag Drucksache 17/14059 abgelehnt** wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen damit zu:

15 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/12383

Beschlussempfehlung
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/14119

zweite Lesung

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der CDU Frau Abgeordneter Kollegin Plonsker das Wort.

Romina Plonsker (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für uns als CDU-Fraktion stelle ich erneut klar: Nachhaltiges Wirtschaften ist das A und O unserer Haushaltspolitik. Als Basis dessen dient der konservative haushalterische Grundsatz: So viel wie nötig und so wenig wie möglich.

Umso dankbarer bin ich, dass wir mit Lutz Lienenkämper einen Finanzminister haben, der zusammen mit der NRW-Koalition den Haushalt fest im Griff hat.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir stellen uns den Herausforderungen unserer Zeit, den Auswirkungen der Pandemie, den notwendigen Maßnahmen zum Klimaschutz und der Klimaanpassung, der Mobilitätsgestaltung und natürlich den angestrebten Effizienzgewinnen durch digitale Möglichkeiten.

Die Zeit zwischen einer ersten Lesung und einer zweiten Lesung eines Gesetzentwurfs kann und sollte man auch dazu nutzen, sich noch einmal Gedanken zu machen, ob es vielleicht neue Erkenntnisse in der Thematik gibt, oder die Einschätzungen der Sachverständigen berücksichtigen. Dabei hat sich in der Sitzung des HFA am 10. Juni 2021 gezeigt, dass dies offensichtlich bei der einbringenden Fraktion nicht stattgefunden hat.

Auf die Peinlichkeit Ihres Gutachters will ich hier gar nicht eingehen; die Diskussion im Fachausschuss hat bereits stattgefunden. Wir haben Ihnen schon im Ausschuss mitgeteilt – das ist bei Ihnen nicht ganz angekommen –, dass das Grundgesetz und damit auch die Schuldenbremse des Bundes auch bei uns in Nordrhein-Westfalen gelten.

Apropos Grundgesetz: Um es mit den Worten des Sachverständigen Professor Dr. Christian von Coelln von der Universität zu Köln zu sagen: